



2021/44 Thema

<https://shop.jungle.world/artikel/2021/44/politisch-wertvoll>

Für die Türkei sind Söldner und Hilfstruppen vor allem politisch relevant

Politisch wertvoll

Von **Jan Keetman**

Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan setzt umfangreiche Hilfstruppen und Söldner in anderen Ländern ein. Das nützt ihm eher politisch als militärisch.

Die Türkei verfügt nach Personalstärke über die zweitgrößte Armee der Nato. Militärisch bräuchte sie keine Unterstützung durch Hilfstruppen oder Söldner. Dass der türkische Präsident Recep Tayyip Erdoğan mittlerweile Tausende ausländische Kämpfer in türkischem Sold unterhält, hat politische Gründe und ist eine Art Abfallprodukt des syrischen Bürgerkriegs.

2012, ungefähr ein Jahr nach Beginn des Kriegs, begann die CIA, von der Türkei aus syrische Rebellen zu bewaffnen. Erdoğan hatte sich nach anfänglichem Zögern von seinem einstigen »Bruder«, dem syrischen Präsidenten Bashar al-Assad, abgewandt. Der türkische Präsident und sein damaliger Außenminister und späterer Ministerpräsident Ahmet Davutoğlu glaubten, Assad werde stürzen. Sie hofften wohl auf eine Führungsrolle in einer panislamischen Bewegung in der Region, vielleicht sogar auf eine teilweise Wiederherstellung des Osmanischen Reichs.

Von der Türkei finanzierte Söldner erzielten in Libyen und Bergkarabach wohl vor allem wegen des Einsatzes türkischer Kampfdrohnen Geländegewinne.

Doch der damalige US-Präsident Barack Obama war zögerlich. Er fürchtete möglicherweise, am Ende für eine Machtübernahme von Islamisten in Syrien verantwortlich zu sein. Schließlich entdeckte er kurdische Kräfte als verlässliche Verbündete gegen den »Islamischen Staat«. Das Erstarken der kurdischen Miliz YPG in Nordsyrien wurde zur Hauptsorge der türkischen Regierung. Die USA gaben die Unterstützung vieler syrischer Oppositionsgruppen jedoch bald auf, während der türkische Geheimdienst keine Skrupel hatte, Islamisten zu fördern.

Die Türkei unterstützt in Syrien relativ kleine, sunnitisch-islamistisch orientierte Gruppen; die bekannteste ist die turkmenische Sultan-Murad-Brigade. Die Bezeichnungen der Gruppen wechseln, es gibt regionale Untergruppen. Die Türkei bezeichnet sie als Syrische

Nationale Armee. Das soll wohl die türkische Lesart stützen, wonach die einheimische Bevölkerung sich gegen eine kurdische Besatzung auflehnt. Ein großer Teil der Kurdinnen und Kurden in Syrien sind Nachfahren von Flüchtlingen, die vor knapp hundert Jahren aus der Türkei in damals nur dünn besiedelte Gebiete Syriens kamen.

Von einer Armee kann allerdings kaum die Rede sein. Es handelt sich weiterhin um einzelne, regional verankerte Gruppen, die sich gelegentlich untereinander befehlen. Die Türkei bewaffnet sie, bildet sie aus und zahlt ihnen Sold. Über dessen Höhe gibt es unterschiedliche Angaben, jedenfalls ist er in Syrien nicht besonders hoch. Besser bezahlt werden Söldner, die Erdoğan im libyschen Bürgerkrieg einsetzt oder wie Ende vorigen Jahres zur Unterstützung Aserbaidschans im Krieg um Bergkarabach. Medienberichten zufolge handelt es sich um syrische Kämpfer im Sold der Türkei, die nicht offiziell im Auftrag der türkischen Regierung im Einsatz sind.

Der militärische Wert der Hilfstruppen scheint gering. Im Kampf gegen den »Islamischen Staat« und gegen die al-Qaida nahestehende Miliz Hayat Tahrir al-Sham gaben sie jeweils erstaunlich rasch Gelände auf, gegen die YPG kommen sie nur mit starker türkischer Unterstützung voran. Geländegewinne in Libyen und Bergkarabach waren wohl vor allem wegen des Einsatzes türkischer Kampfdrohnen möglich. Ein Grund für die Schwäche der Milizen dürfte ihre Zersplitterung sein. Zudem mangelt es ihnen an einer überzeugenden Vorstellung davon, wofür sie kämpfen.

Dafür ist der politische Wert der Hilfstruppen für Erdoğan hoch. Syrische Verbündete zu haben, verschafft der türkischen Präsenz in Syrien Legitimität. Zudem kann er die Milizen ohne die Zustimmung des Parlaments in Kriege schicken, denn diese sind ja nicht offiziell im Auftrag der türkischen Regierung tätig. Sterben sie, bemerkt das außer ihren Familien kaum jemand. Begehen sie Kriegsverbrechen, ist man dafür nicht unmittelbar verantwortlich.

Befürchtungen türkischer Oppositioneller, Erdoğan könnte syrische islamistische Kämpfer auch in der Türkei einsetzen, haben durch einen Passus in einer am Dienstag voriger Woche verabschiedeten Resolution des türkischen Parlaments Nahrung bekommen. Mit der Resolution wurden die türkischen Militäreinsätze in Syrien und im Irak um zwei Jahre verlängert. Der Passus erlaubt es Erdoğan, »ausländische bewaffnete Kräfte« in die Türkei zu bringen. Was damit genau gemeint ist, wird nicht klar.